

Entwicklungssache #1: Zeitenwende nicht ohne Entwicklungspolitik?

Dauer: 28:54 Minuten

Veröffentlicht am: 21.10.2022

Streambar auf Podigee, Spotify, Apple Podcast, Google Podcast, Deezer, Amazon Music / Audible, Alexa, Samsung Podcast, Podimo und YouTube.

Aufgenommen im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Mit Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze

Moderation: Conny Czymoch

Zu Gast: Prof. Dr. Ursula Schröder, wissenschaftliche Direktorin des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Uni Hamburg

[MUSIK]

INTRO-STATEMENTS

[Svenja Schulze] Was mich wirklich umtreibt, ist, dass ich mir mehr Interesse noch für die internationalen Zusammenhänge und die internationale Politik wünsche. Es ist so spannend, sich damit auseinanderzusetzen, was auf anderen Kontinenten passiert und das mit nach Deutschland zu nehmen und auch in die deutschen Debatten hineinzutragen. Ich wünsche mir noch viel mehr Aktive, die das tun und die auch darüber berichten, was jenseits unseres Tellerrandes passiert.

[Prof. Dr. Ursula Schröder] Wir brauchen radikale Kooperationen, um aus dieser Misere wieder herauszukommen, in der wir uns befinden. Und die Rede von unüberbrückbaren Differenzen in der Weltpolitik wird uns dabei nicht helfen. Wir werden uns darauf besinnen müssen, dass wir gleiche Interessen haben. Und diese Interessen sind primär das Überleben auf diesem Planeten. Und daran müssen wir ganz stark arbeiten.

ANMODERATION

[Conny Czymoch] Sicherheit. Seit Februar dieses Jahres hat das Wort in all seinen Facetten eine neue Dringlichkeit erhalten. Seit dem Krieg Putins in und gegen die Ukraine. Aber Sicherheit ist nicht nur ein Thema von Krieg und Frieden, es ist die erweiterte, die menschliche Sicherheit, die zählt. „Zeitenwende“ hat der Kanzler die geopolitischen Veränderungen genannt. Wahrscheinlich das Wort des Jahres 2022. Aber was bedeutet diese Zeitenwende für die Entwicklungszusammenarbeit und die Entwicklungspolitik Deutschlands? Und es gibt das neue Wort der

feministischen Entwicklungspolitik, auch ein Teil der sicherheitspolitischen Debatte? Viele Fragen rund um unser Motto heute „Zeitenwende - Nicht ohne Entwicklungspolitik.“ Gedanken, Anregungen und Antworten hier beim BMZ Podcast Entwicklungssache.

Hallo und herzlich willkommen! Mein Name ist Conny Czymoch. Als Journalistin und Moderatorin beschäftige ich mich seit Jahrzehnten mit den Themen der EZ und auch des Klimawandels. Ich freue mich auf diese Premiere mit Gastgeberin und Gesprächsteilnehmerin gleichermaßen Bundesministerin Svenja Schulze. Schön, dass Sie da sind, Frau Ministerin, hier in Ihrem Hause.

[Svenja Schulze] Ja, ich freue mich auf diesen Podcast.

[Conny Czymoch] Großartig! Zugeschaltet ist uns Prof. Dr. Ursula Schroeder, wissenschaftliche Direktorin des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Hallo!

[Prof. Dr. Ursula Schröder] Guten Tag, vielen Dank für die Einladung.

GESPRÄCH

[Conny Czymoch] So, dann lassen Sie uns doch mal direkt mal anfangen. Es ist ja nicht ganz klar, ob man Entwicklungszusammenarbeit, Sicherheitspolitik und Klimapolitik zusammendenken muss. Das scheint ja jetzt der Fall zu sein. Warum?

[Svenja Schulze] Ich glaube, dass das sehr wichtig ist, das zusammenzudenken. Weil menschliche Sicherheit deutlich mehr ist als die Abwesenheit von Krieg oder auch deutlich mehr ist als militärische Sicherheit. Es geht wirklich um einen umfassenden, einen integrierten Sicherheitsbegriff. Und da gehört eben auch dazu, dass man sich mit den Risiken auseinandersetzt, die jetzt über dieses Klima auf die Welt zukommen, das ist auch ein Teil der Sicherheit, sich vor Klimarisiken zu schützen. Es gehört soziale Sicherheit dazu. 80 Prozent der Menschen auf dem afrikanischen Kontinent kennen so was nicht. Und so ein umfassender, integrierter Sicherheitsbegriff, das ist es, was heute wirklich im Fokus stehen muss.

[Conny Czymoch] Ich danke Ihnen vielmals für diesen Auftakt. Frau Schröder, Sie haben im Moment alle Hände voll zu tun. Es gibt natürlich eine besondere Ukraine Arbeitsgruppe bei Ihnen und irgendwo habe ich gelesen, dass all Ihre Forschungsbereiche direkt betroffen sind, sozusagen seit dem Februar dieses Jahres. Was hat sich besonders in Ihren Untersuchungen geändert? Wie verhandelt man einen Frieden möglicherweise?

[Prof. Dr. Ursula Schröder] Ja, ich glaube, das Wort der Verhandlungen kann man grad noch gar nicht in den Mund nehmen. Aber wir sind ein Forschungsinstitut, das Friedensforschung betreibt, aber sich ausdrücklich mit harten

sicherheitspolitischen Fragen beschäftigt. Das verwundert immer einige, weil wir diejenigen sind, die sich insbesondere mit europäischer Sicherheit beschäftigen. Da ist natürlich die Arbeitsbelastung unfassbar gestiegen, aber auch mit Fragen von Waffentechnik, mit Rüstungskontrolle, auch grade im nuklearen Bereich, aber auch mit Fragen des gesellschaftlichen Friedens, der natürlich auch durch Flucht und Migration auf die Probe gestellt werden kann und auch mit Fragen von Klimaforschung, Auswirkungen auf Konflikt und Unsicherheiten. Auch hier sehen wir, dass der Begriff der integrierten Sicherheitspolitik von uns ergänzt wird durch integrierte Sicherheitsforschung, weil wir der Ansicht sind und das auch in der Forschung vorantreiben, dass wir die komplexen und vielfältigen Krisen, die wir heute sehen, dass wir die nur durch ein Zusammengehen der Forschung, der Wissensbestände, die wir über unsere Feldgrenzen hinweg erarbeiten müssen, mit dem politischen Wissen bearbeiten können, weil die Probleme, die wir haben, eben welche sind, die sich nicht an die ministerialen Grenzen halten. Die können wir nicht mehr in der Innenpolitik und in der Außenpolitik bearbeiten, sondern es muss darum gehen, das Zusammendenken zu üben. Und das tun wir bei uns in der Forschung auch.

[Conny Czymoch] Frau Schulze, was macht das für einen Unterschied? Seit Februar dieses Jahres ist es nur eine eurozentristische Sichtweise, dass wir sagen: Jetzt ist bei uns in der Nähe auch ein Krieg ausgebrochen, der uns direkt betrifft, während im Rest der Welt ja schon vorher überall kleine Kriegsherde gewesen sind, bürgerliche Auseinandersetzungen etc. pp?

[Svenja Schulze] Ja, man sieht, dass dieser Krieg wirklich Schockwellen über die ganze Welt schickt. So hat das Antonio Guterres genannt, weil es betrifft nicht nur uns hier in Europa, sondern man sieht zum Beispiel, dass über die Ernährungssicherheitssicherheitsfrage, also ein Großteil des Weizens, des Maises, des Öls kommt aus der Ukraine und aus Russland und wurde jetzt eben über lange Zeiten nicht geliefert. Und das hat weltweit dazu geführt, dass wir eine Hungerkrise vor uns haben, wie es sie noch nie vorher gab. Also es ist keine reine europäische Frage, sondern das ist wirklich eine Frage, die die ganze Welt bewegt, in unterschiedlicher Dringlichkeit. Aber in Ernährungssicherheit sind diejenigen, die vorher schon Probleme hatten, jetzt einfach noch mal massiver betroffen.

[Prof. Dr. Ursula Schröder] Genau, das kann ich genauso unterschreiben. Wir sehen sogenannte Kaskadenrisiken, wo also Risiken in einem Feld in ein anderes Feld übergehen können. Und wir sehen auch, dass beispielsweise die nachhaltigen Entwicklungsziele, die ja von Hunger über Armut, über Geschlechtergerechtigkeit bis hin zu friedensfördernden Institutionen gehen, dass diese nachhaltigen Entwicklungsziele durch den Krieg in den russischen Krieg gegen die Ukraine sehr, sehr stark beeinträchtigt werden. Die Prognosen sind schlecht für die Einhaltung der nachhaltigen Entwicklungsziele. Da ist nicht nur der Krieg in der Ukraine dran schuld,

sondern auch andere Faktoren. Aber maßgeblich sehen wir schon, dass dieser Krieg, dieser Angriffskrieg eine massiv negative Entwicklung für globale Entwicklung zur Folge haben kann und voraussichtlich haben wird, wenn sich die Weltgemeinschaft nicht darauf einigen kann, neue und andere globale Ordnungsarchitekturen zu bauen, die dieser Krise widerstehen können. Wie machen wir unsere Kooperationsformate? Wie machen wir die resilienter gegenüber solchen Schocks wie diesen Krieg?

[Conny Czymoch]

Ich glaube, da lasse ich jetzt gerade zwei Fragen offen, nämlich das eine: Was kann Entwicklungszusammenarbeit? Was kann Entwicklungspolitik da machen? Was kann deutsche Entwicklungspolitik da machen? Und Sie haben gerade die Ordnungsfaktoren angesprochen, Frau Schröder, vielleicht fangen wir da noch mal an. Es gibt immer die Kritik am UN-System. Es gibt die Kritik an der europäischen Außenpolitik. Wie kommen wir zu Ordnungsfaktoren, die diese Krisen überwinden?

[Prof. Dr. Ursula Schröder]

Mutig nach vorne denken. Wir haben ja ein System internationaler Ordnung. Das System der Vereinten Nationen, das auf der Asche des Zweiten Weltkriegs gebaut wurde und auch von den Siegermächten damals maßgeblich geprägt wurde. Das waren in erster Linie westliche Siegermächte und nördliche Siegermächte. Und wir haben schon lange das Problem, dass sich insbesondere Staaten des globalen Südens nicht gut repräsentiert fühlen und auch nicht gut repräsentiert sind in den VN-Institutionen. Und wir haben's zunehmend damit zu tun, dass der globale Norden, wenn man ihn so sehen möchte und so nennen möchte, dass der gesehen wird als ein, ein Partner, der eine doppelte Sprache spricht, der sein koloniales Erbe verleugnet, der einfach nicht vertrauenswürdig ist. Und das sehen wir am Abstimmungsverhalten in den Vereinten Nationen, in der UN-Generalversammlung beispielsweise bei der Abstimmung über die Resolution gegenüber Russland und der Ukraine. Das sehen wir aber auch in anderen beteiligten Formaten wie dem Internationalen Strafgerichtshof, der nicht mehr gut funktioniert. Und da müssen wir ganz mutig nach vorne denken und überlegen: Wie können wir denn internationale Organisationen inklusiver und diverser konstruieren, damit dort mehr Staaten, die heute in der Weltpolitik relevanter geworden sind, wieder mitarbeiten möchten?

[Svenja Schulze]

Vielleicht kann ich da mal direkt drauf reagieren, wenn Sie erlauben, weil ich kann das nur unterschreiben, was Frau Schröder gerade gesagt hat. Und das heißt aber, dass Entwicklungspolitik, die ja drauf angelegt ist, noch langfristige, nachhaltige Partnerschaften wirklich aufzubauen, wichtiger wird in der internationalen Zusammenarbeit. Wir merken es im Moment an dem Hungerthema. Wir haben ja aus Deutschland heraus in der G7 Präsidentschaft sehr schnell dieses globale Bündnis für Ernährungssicherheit auf den Weg gebracht. Und das erste Mitglied dieses globalen Bündnisses war die Afrikanische Union, weil mir ganz besonders wichtig war, dass wir vernünftiges Büro hinbekommen. Das ist

bei der Weltbank, die das organisieren und dann aber ganz deutlich machen: Wir reden nicht über Afrika ohne Afrika, sondern die müssen dabei sein. Und die Afrikanische Union ist diejenige, die das beste Wissen hat, die am besten vernetzt ist da. Und inzwischen haben wir über 100 Staaten und Organisationen zusammen, die sich regelmäßig koordinieren und die Hilfe zielgerichteter in die Länder bringen, die sie brauchen, aber eben auch langfristige Strukturen aufbauen. Und das ist enorm wichtig, nicht nur jetzt humanitär helfen in dieser Hungerkrise, sondern landwirtschaftliche Produktion so verändern, dass die Staaten resilienter werden, Frau Schröder, wie Sie's eben gesagt haben, also dass Sie in die Lage versetzt werden, selber wieder Lebensmittel anzupflanzen.

[Conny Czymoch]

Zwei Punkte dabei das einmal auf Augenhöhe und anders neue Bündnisse, das heißt also innerhalb des UN-Systems. Aber dennoch: Ein paar Staaten gehen voran, andere schließen sich an, bis es dann eben halt genug Traction hat, also bis genug bewegt werden kann. Frau Schröder, ist das die Zukunft?

[Prof. Dr. Ursula Schröder]

Vermutlich ja. Das nennen wir ad hoc Koalitionen. Also Koalitionen, die außerhalb des formalen Systems der Vereinten Nationen aufgebaut werden. Wenn ein formales System nicht funktioniert, dysfunktional wird, weil Staaten blockieren, dann werden informelle Institutionen wichtiger. Wir sehen in der Forschung jetzt schon, dass solche informellen Institutionen immer wichtiger werden, solche ad hoc Koalitionen häufiger werden und dass das auch ein Weg sein kann, um eine Art Workaround, eine Zwischenlösung zu finden, während wir ein System noch haben, das nicht gut funktioniert. Und ich glaube, insbesondere diese Rede von der Augenhöhe ist wirklich zentral. Wir leben in einer neuen Welt, in der es nicht mehr reicht. Entwicklungshilfe, das gibt es ja auch schon gar nicht mehr, nach irgendwo hin zu transferieren und zu hoffen, dass die Welt besser wird. Sondern es geht um Respekt. Es geht um Wertschätzung. Es geht um ernsthaften Austausch, es geht um wirtschaftliche Kooperation mit anderen Staaten und nicht so sehr um Nord-Süd-Transfers, die in irgendeiner Form so proto postkolonial daherkommen, sondern um wirkliche Augenhöhenkooperation. Und die wird auch immer stärker eingefordert.

[Conny Czymoch]

Mm. Ist ja auch ein Grund, wo wir das Wort Entwicklungshilfe nicht mehr benutzen.

[Svenja Schulze]

Ja, ich vermeide das, wo's geht, weil ich finde, es geht nicht um Hilfe, es geht um miteinander sozusagen Probleme lösen. Und wir sehen das übrigens so'n Beispiel dafür auch grade in der Klima-Club-Idee, die ja Olaf Scholz nach vorne gebracht hat, in der Klimapolitik nicht mehr auf die Langsamsten zu warten und bis wir da eine Einstimmigkeit herstellen, sondern gemeinsam mit den Ländern voranzugehen, die mehr machen wollen, die im Klimaschutz vorne sein wollen, die zeigen wollen, wie das

geht und das eben so offen zu machen, dass alle mitmachen können, die wollen, gleichzeitig aber nicht mehr vom Langsamsten abhängig zu sein.

[Conny Czymoch]

Wir sind ja aufgewachsen in einer Welt, die erst mal mit zwei Polen dagewesen ist. Dann gab es die Zeit des Multilateralismus. Ich glaube, 2015 war sozusagen der Höhepunkt mit dem Paris-Abkommen, mit der Verabschiedung der SDGs. Im Moment kann man sagen, und ich zitiere jetzt mal: „Globalisierung: wir befinden uns in einer neuen multipolaren Welt.“ Gut oder schlecht?

[Svenja Schulze]

Also, erst mal finde ich es wirklich wichtig, dass wir von dieser multipolaren Welt ausgehen und nicht versuchen, jetzt Blockbildungen wieder herzustellen, sondern die, die Probleme, die wir auf der Welt haben, die brauchen jetzt wirklich Netzwerke, die brauchen unterschiedliche Allianzen, um die Probleme zu lösen. Beim Klimaschutz werden wir mit allen, wo es möglich ist, zusammenarbeiten müssen, ja. Also da haben wir einfach auch das Interesse. Wir haben nur diese eine Welt, wo die Zusammenarbeit funktionieren muss. Beim Schutz der Menschenrechte, bei dem Schutz der Rechte von Frauen zum Beispiel auch. Wenn wir nicht mit allen zusammenarbeiten können, weil es einfach Staaten gibt, die das nicht wollen, dann müssen wir aber mit denen, wo wir können, zusammenarbeiten. Und in den Staaten, wo's nicht möglich ist, zivilgesellschaftliche Strukturen stärken, demokratische Strukturen stärken. Also brauchen, und das kann die Entwicklungszusammenarbeit unterschiedliche Instrumentarien, unterschiedliche Vorgehensweisen, um die vielen Probleme, die wir im Moment, auf der Welt haben, um diese vielen Probleme auch wirklich anzugehen. Und das ist ja nicht nur der Klimaschutz, ja, es ist auch das Umgehen mit Pandemien. Das haben wir jetzt gelernt. Niemand ist sicher, wenn nicht alle sicher sind. Das ist die ganze Frage. Gute Regierungsführung, demokratische Strukturen 70 Prozent der Menschen leben inzwischen in Autokratien. Wir müssen also auch demokratische Werte verteidigen, nach vorne stellen, dafür werben. Es ist der Zugang zur Bildung, der für viele, viele Mädchen und Frauen verwehrt ist im Moment. Das ist Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, ja? Also wir haben so viele Themen und so viele Krisen grade parallel. Das ist, glaube ich, ganz zentral, ist immer wieder in diesen Netzwerken zu arbeiten, in diesen sehr unterschiedlichen Strukturen zusammenzukommen, um eben ganz konkrete Probleme zu lösen.

[Conny Czymoch]

Ein Stichwort in Ihrem Hause ist ja im Moment, Frau Schulze, diese feministische Entwicklungszusammenarbeit ein neuer Begriff, um etwas Altes zu bezeichnen, nämlich, dass wir nicht vergessen dürfen, dass es Frauen sind, die die meiste Arbeit in der Landwirtschaft leisten, dass es Frauen sind, die wiederum Kinder erziehen und deshalb besonders gefördert werden oder umgekehrt auch die am meisten hungern, weil sie

zwar die Arbeit leisten, aber eben halt nicht ihrer Hände Lohn wirklich verspeisen können. Was ist neu?

[Svenja Schulze] Ich glaube, neu ist, dass wir Frauen ganz gezielt mit in den Blick nehmen. Frauen sind keine Randgruppe in unseren Partnerländern, sondern sie sind oft die Mehrheit der Gesellschaften dort und sie übernehmen sehr viel Verantwortung. Frauen sind diejenigen, die sich oft um die Ernährung in den Familien kümmern, die das landwirtschaftliche Wissen haben, die sehr viel Power im Grunde genommen haben, sehr viel Kraft, die im Moment aber noch nicht ausreichend auch in der Entwicklungszusammenarbeit adressiert wird. Und ich möchte das ändern. Ich möchte, dass man mit der gesamten Gesellschaft zusammenarbeitet und nicht nur immer die Männer adressiert. Weil ich fest davon überzeugt bin, wenn wir in der Entwicklungsarbeit weiterkommen, dann müssen eben auch Frauen mit adressiert werden. Das ist in der Wissenschaft komplett eindeutig, da wird es immer wieder belegt. Wir machen es aber noch nicht in der alltäglichen Arbeit und deswegen muss da jetzt mehr Wert darauf gelegt werden.

[Conny Czymoch] Frau Schröder, wie sieht das aus? A der wissenschaftlichen Seite und B kann man das auch transferieren auf die Gedanken innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung?

[Prof. Dr. Ursula Schröder] Ja, das kann man. Also wenn du jetzt das, das Prinzip der feministischen Außenpolitik oder der feministischen Entwicklungspolitik, die ja eh bauähnlich sind, uns anschauen, dann, dann sehen wir, dass das ja kein fixes politisches Programm ist, keine für mich auch keine Spartenlösungen für Frauen, sondern es geht im Prinzip um gleichberechtigte Teilhabe von Personen an politischen Entscheidungsprozessen und um gleichberechtigte Teilhabe an Ressourcen. Und das kann für Frauen, aber auch für andere marginalisierte Gruppen gelten. Das heißt die Inklusivität von Politik und auch der Wille, die unterschiedlichen Folgen von Politik für unterschiedliche Gruppen mit in den Blick zu nehmen. Das ist für mich der Kern von einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik, das zu tun. Und ich glaube, da wissen wir, können wir aus der Forschung sehr schön fundieren, insbesondere aus der Friedens- und Konfliktforschung, dass Gesellschaften, in denen in dem Fall Frauen unterrepräsentiert sind, insbesondere keine Rechte haben, dass diese Gesellschaften stärker zu Konflikten und zu Gewaltkonflikten neigen, dass in solchen Gesellschaften häufiger Krieg ausbricht. Da gibt es sehr valide Daten dazu. Die, die quantitativ argumentieren und sich anschauen: Wie friedlich sind Gesellschaften? Gesellschaften ohne Frauenrechte sind meist nicht friedlich.

[Svenja Schulze] Ich finde da noch mal ganz wichtig, Frau Schröder, was Sie gesagt haben, das ist nicht Politik von Frauen für Frauen, sondern es ist eine Politik, die

gesellschaftliche Ungleichheiten in den Blick nimmt und versucht, die Wurzeln dieser Ungleichheiten zu bekämpfen. Und gerade in der Friedens- und Konfliktforschung. Ich habe es mir in Bolivien, in Kolumbien grade noch mal ansehen können und in Kolumbien hat mich wirklich beeindruckt, welche starke Rolle Frauen in der Friedensarbeit dort gespielt haben. Ich habe dort Frau Luango kennengelernt, die arbeitet bei den "suchenden Müttern" heißt der Begriff, die heute noch versuchen, die Opfer zu finden von Verschwundenen und damit eben einen Beitrag zum Frieden zu leisten. Und wie, wie stark diese Frauen sind, was sie alles nach vorne bringen, wie stark sie den Friedensprozess vorantreiben. Das hat mich wirklich sehr, sehr beeindruckt und noch darum bestärkt, wir müssen auch Frauen in den Gesellschaften ermöglichen, beizutragen, zu Friedensprozessen beizutragen, ihnen eine Stimme geben. Und das kann Entwicklungspolitik mit den verschiedenen Instrumentarien, die wir haben, ganz besonders gut.

[Conny Czymoch]

Schauen wir mal umgekehrt. Schauen wir mal zurück auf Europa. Wenn dieses alles passiert, wenn eine neue, eine gezieltere Entwicklungszusammenarbeit instrumentalisiert wird, um eben halt Frieden, menschliche Sicherheit zu schaffen. Was bedeutet das im Umkehrschluss dann für Europa? Erhöhen wir dadurch unsere eigene Sicherheit? Ist es sozusagen ein Quid pro quo*? Frau Schröder.

** Quid pro quo: (lat. für „dies für das“) ist eine auf Gegenleistung beruhende Vereinbarung*

[Prof. Dr. Ursula Schröder]

Ja, man kann das altruistisch argumentieren, dass Entwicklungspolitik aus sich heraus dem Guten dienen soll, um in bestimmten Staaten Unterstützung zu geben. Man kann aber auch ganz strategisch argumentieren und sagen Krisenprävention und Friedensförderung als Teil von langfristiger, nachhaltiger Entwicklungspolitik helfen uns langfristig auch in Europa, da die globalen Krisen dieser Welt natürlich auch für Europa negative Folgen haben. In der Wirtschaftspolitik, beim Bereich Flucht und Migration alles Felder, durch die Europa betroffen ist, ist es natürlich zentral, dass Krisenprävention dort anfängt, wo die Krisen entstehen.

[Conny Czymoch]

Dann wäre aber meine Frage natürlich an die Ministerin: Ist es sozusagen self-serving? Das heißt also, machen wir das Richtige, um damit auch uns das Richtige passiert?

[Svenja Schulze]

Ja, wir merken doch, dass die Welt sehr vernetzt ist. Wir haben noch in der Coronapandemie gemerkt, dass niemand sicher ist weltweit, wenn nicht alle sicher sind. Und in dieser Vernetzung gibt es nicht nur bei Pandemien, sondern Konflikte, Kriege sind auch bei uns wieder spürbar. Wir merken's im Moment an gestörten Lieferketten heißt das ja so schön. Das heißt, wir bekommen nicht mehr alles, was wir brauchen und was wir gerne hätten. Und deswegen muss man diese internationale

Vernetzung auch wirklich wahrnehmen und deswegen auch darauf Rücksicht nehmen. Also in unseren eigenen Lieferketten zum Beispiel darauf achten, ja. Es ist nicht egal, ob unsere T-Shirts mit wirklich unter unglaublichen Bedingungen von Frauen in Entwicklungsländern hergestellt werden, weil irgendwann schlägt das auf uns zurück, wenn diese Frauen nie die Möglichkeit haben, von dem, was sie da verdienen, auch selbst zu leben. Und deswegen ist das so wichtig, dass wir auch hier in Deutschland auf unsere Art und Weise des Konsums achten und dann aber eben auch darauf achten, in der Entwicklungspolitik zum Beispiel Rechte von Arbeiterinnen in solchen Fabriken stärker nach vorne zu bringen und dort bessere Löhne durchzusetzen. Das hilft uns am Ende auf der ganzen Welt.

[Conny Czymoch] Frau Ministerin, es hat ja auch Rückwirkung auf den Schulterschluss zwischen Ministerien hier in Deutschland. Auf einmal reden wir von einer nationalen Sicherheitspolitik, die auch verhandelt wird zwischen mehreren Ministerien. Wie ist da, da der Fortschritt? Wo setzt das BMZ, wo setzen Sie Akzente?

[Svenja Schulze] Na ja, erst mal ist es, glaube ich, wichtig, dass wir in der internationalen Politik einen Dreiklang brauchen aus Diplomatie, aus Entwicklungs- und Verteidigungspolitik. Und eine nationale Sicherheitsstrategie muss dann unbedingt einen integrierten Part haben, der sich mit der Entwicklungspolitik auseinandersetzt, weil das präventive Arbeit ist. Das, was wir tun, ist Konflikten und Krisen vorbeugen. Das ist da, wo es schwierige Bedingungen gibt, versuchen, demokratische Strukturen aufzubauen, Zivilgesellschaft zu stärken, denjenigen zu helfen, die Hilfe brauchen, und sie dazu zu befähigen, selber sozusagen Strukturen aufzubauen. In der Landwirtschaft zum Beispiel eben nicht nur Hilfspakete jetzt zu liefern, sondern eben auch Strukturen aufzubauen, dass wieder selber Lebensmittel angepflanzt werden können und damit eben wirklich auch Sicherheit voranzutreiben. Das heißt, Entwicklungspolitik ist für mich ein ganz, ganz wichtiger Teil der nationalen Sicherheitspolitik und deswegen spielen wir auch in dieser nationalen Sicherheitsstrategie eine wichtige Rolle.

[Conny Czymoch] Wir haben ja, wie Sie eben gesagt haben, eben halt nicht die aufeinanderfolgenden Krisen, sondern wir haben ja ein Cluster von Krisen, sowohl auf der politischen Seite als auch natürlich auf der Umweltseite, auf der Klimaseite. Wir haben's gesehen bei Covid. Während sich die Seuche ausbreitete, mussten Lösungen gefunden werden, sowohl in der Zusammenarbeit als auch in der medizinischen Betreuung. Das war sozusagen Operation am laufenden Herzen, während der Patient einen Marathon läuft. Das ist ja bei vielen anderen Aspekten gerade im Bereich Klimawandel nicht anders, aber im Prinzip ja auch bei der Unterstützung von Frauen in den Ländern des sogenannten globalen

Südens. Wie kriegen wir sozusagen die Gleichzeitigkeit der richtigen Politik und der richtigen Umsetzung hin?

[Svenja Schulze] Ich glaube, dass das genau die Herausforderung ist. Das ist nicht einfach, aber es geht nur partnerschaftlich und mit Respekt. Es geht nicht, wenn wir glauben, dass wir hier in Europa alle Lösungen schon kennen und dass wir einfach nur diese Lösungen jetzt auf andere Kontinente übertragen können. So geht es nicht, sondern wir müssen partnerschaftlich daran arbeiten. Und wir müssen zum Beispiel, um mal ein, ein Beispiel rauszunehmen. Das, was wir hier gewöhnt sind, dass wir soziale Sicherungssysteme haben, dass man, wenn man arbeitslos wird, nicht sofort ins, ins Nichts stürzt. Solche sozialen Sicherungssysteme brauchen wir auch für den afrikanischen Kontinent. Wir müssen helfen, dass dort zum Beispiel, wenn krisenbedingt klimakrisenbedingt eine Ernte ausfällt, die dortige Landwirtin eine Unterstützungssystem hat. Und zwar nicht eins, was monatelang dauert, bis wir dann Hilfen wieder auf den afrikanischen Kontinent bringen, sondern eins, was schnell funktioniert, was wie eine Sozialversicherung sofort den Landwirten dann hilft, dass sie wieder Saatgut kaufen können. Und der Aufbau solcher Strukturen, und zwar angepasst an die Länder, geht eben nur, wenn wir partnerschaftlich zusammenarbeiten, wenn wir unsere Verantwortung auch wahrnehmen und natürlich auch Mittel mitgeben. Also es wird auch nicht ohne Geld gehen und das Land für Land wirklich vorantreiben. Das ist eine Riesenaufgabe. Wenn's einfach wär, hätten das sicherlich auch schon mehr Leute gemacht, aber ich glaube, dass das der richtige Weg ist, um die Krisen dann auch miteinander zu lösen.

[Conny Czymoch] Frau Ministerin, was sagen Sie Leuten, die zynisch sagen: Jetzt haben wir so viel Entwicklungszusammenarbeit in die Ukraine reingesteckt, wir haben da wirklich gearbeitet. Es sind auch positive Ergebnisse gekommen, jetzt ist der Krieg, jetzt ist alles weg.

[Svenja Schulze] Na ja, Krieg ist immer schrecklich und Krieg ist etwas, was man unbedingt versuchen muss zu vermeiden. Aber wir sehen jetzt ja, es gibt immer wieder Staaten. Es gibt immer wieder Staatenlenker, die sich nicht an internationales Recht halten. Und das heißt, wir brauchen auch militärische Sicherheit. So bitter das ist, deswegen war ich auch dafür, dass wir die Bundeswehr jetzt mit einem Sondervermögen ausstatten. Deswegen bin ich auch dafür, dass wir dafür Geld in die Hand nehmen. Das alleine reicht aber nicht. Wir brauchen auch die Entwicklungszusammenarbeit. Wir brauchen den Aufbau von Netzwerken. Wir brauchen diese langfristige Zusammenarbeit und die menschliche Sicherheit. Deswegen ist dieser integrierte Sicherheitsbegriff so wichtig, um mehr aufzubauen als nur militärische Sicherheit.

[Conny Czymoch] Und ich glaube, gerade am Beispiel der Ukraine, was wir später noch mal in einem weiteren Podcast besprechen werden, kann man auch sehen,

dass sozusagen Entwicklungszusammenarbeit Fundamente gelegt hat, die auch jetzt in Krisenzeiten weiterhelfen. Frau Schröder, heutzutage ist Frieden nicht einfach die Abwesenheit von Krieg. Also Schwarz-Weiß-Denken, wie es irgendwann mal gegeben haben könnte, gibt's nicht mehr. Was ist denn dann im Umkehrschluss Sicherheit?

[Prof. Dr. Ursula Schröder

Ja. Frieden war aus meiner Sicht noch nie die Abwesenheit von Krieg. Es gibt ja unterschiedliche Konzepte von, von Frieden. Ich verwende meistens die Idee von Czempiel, dass Frieden ein Prozess zunehmender Gerechtigkeit und abnehmender Gewalt ist. Und dieser Begriff verbindet eben die Gerechtigkeit und die Abkehr von Ungleichheit mit abnehmender Gewalt und die Prozesshaftigkeit von Frieden mit einem Hinweis darauf, dass man Frieden erarbeiten muss. Und Sicherheit ist so ein ähnliches Konzept. Sicherheit ist kein fixer Zustand, auch wenn Sicherheitspolitik das manchmal suggeriert, dass Sicherheit erreichbar sei. Das ist aber nicht so. Sicherheit ist ein Versprechen. Es ist ein, ein Ringen um. Es ist eine permanente Aufgabe, Sicherheit herzustellen. Und wir sehen auch, dass Sicherheit und das Sicherheitsversprechen nie ganz und nie für alle eingelöst werden konnte. Und die harten Fragen der Zukunft werden sein: Für wen wird dieses Versprechen eingelöst und wer bleibt auf der Strecke? Da wir es mit Problemen zu tun haben, die so groß sind, die gerade im Klimafolgenbereich so groß sind, in den Klimaanpassungsprogrammen so schwierig sein werden, da werden ganz harte Entscheidungen getroffen werden müssen, was wir retten können und was nicht.

[Conny Czymoch]

Vielen, lieben Dank. Wir haben ja im Moment ganz klar diese dreifache internationale Krise Pandemie, Energie, Geopolitik, dreifache Umweltkrise, Klimawandel, Umweltverschmutzung und Verlust der biologischen Vielfalt. Was macht Ihnen nach all diesem, was wir jetzt grade angesprochen haben, was macht Ihnen zurzeit Mut? Und vielleicht zuerst Frau Schröder und dann die Ministerin mit dem letzten Wort.

[Prof. Dr. Ursula Schröder]

Ich bin Politikwissenschaftlerin. Ich kenne mich mit politischen Systemen und gesellschaftlichen Ordnungen aus. Und mir macht Mut, dass Gesellschaften kreativ sind, dass Menschen kreativ sind und dass die politischen Ordnungen, die Menschen sich geben in Gesellschaften, dass die veränderbar sind, dass wir in der Lage waren, nach dem Zweiten Weltkrieg uns eine Ordnung zu geben, die lange funktioniert hat, die nicht ideal war, die auch für große Teile der Welt nicht ideal war. Aber sie hat erst mal funktioniert. Ich bin sicher, dass sich die globale Weltgesellschaft wieder eine solche Ordnung geben können wird, weil politische Institutionen aufbaubar sind und weil wir relativ viel darüber wissen, welcher Typ von, von Institutionen, welcher Typ von Kooperation friedensfördernd wirken kann und weil wir das umsetzen können.

[Conny Czymoch]

Frau Ministerin.

Transkript zum Podcast „Entwicklungssache“ des BMZ

[Svenja Schulze] Na, mir macht Mut, die vielen, vielen aktiven Menschen zu sehen, die sich eben für Sicherheitsthemen, die sich aber auch für Menschenrechte, die sich für den Kampf gegen Hunger und Armut, die sich für Bildung, für Gesundheit, für Demokratie einsetzen. Und ich habe jetzt so viele tolle Frauen kennengelernt, die da sehr, sehr engagiert sind. Das macht mir immer wieder Mut zu sagen das funktioniert, das geht, und wir müssen da weitermachen.

[Conny Czymoch] Svenja Schulze. Liebe Frau Schröder, vielen lieben Dank für Ihre Beteiligung, für Ihre aufmunternden Worte, jetzt grade noch am Ende Ihre positiven Ausblicke. Das war's. Das war die Premiere von Entwicklungssache. Uns gibt's wieder in der nächsten Zeit. Wir werden dann noch mal thematisieren, ganz besonders die Entwicklungspolitik in der Ukraine, im Zeichen der Zeitenwende. Wir werden sprechen über die Friedenspolitik, gegen die Klimakrise. Und wir werden natürlich auch noch mal Frieden und Sicherheit in einer anderen Variante haben. Ich bedanke mich bei Ihnen, verehrte Damen und Herren, die Sie uns zugehört haben, war klasse mit Ihnen und ich glaube, im Sinne unserer letzten Aussage bleiben Sie mutig. Tschüss.

[MUSIK]

ENDE